

Noch mehr Subventionen für Windkraft

Dachverband Gegenwind MKK/Naturpark Spessart reagiert mit Unverständnis auf SPD-Antrag im Landtag

Main-Kinzig-Kreis (re). Der Landtagsabgeordnete Heinz Lotz (SPD) hat zusammen mit sechs weiteren SPD-Abgeordneten einen Antrag in den Hessischen Landtag eingebracht, der das Ziel hat, die Pachtzahlungen von Energiegenossenschaften für Windkraftanlagen an Hessen-Forst zu reduzieren. Der Vorschlag, durch eine Verringerung der Pacht die Subventionen für Windkraftanlagen indirekt noch weiter zu erhöhen, stößt bei den Mitgliedern des Dachverbands Gegenwind MKK / Naturpark Spessart auf Unverständnis.



Die lokale Wertschöpfung heimischer Anlagen gehe gegen null, kritisiert der Dachverband.

FOTO: DPA

Bundesweit steigen die Kosten für Strom aus Windkraftanlagen. Die Verbraucher wurden 2015 durch das Gesetz zur Förderung Erneuerbarer Energien (EEG) mit etwa 25 Milliarden Euro belastet. Gleichzeitig produzieren die bereits heute installierten Anlagen an sonnigen und windigen Tagen mehr Strom als verbraucht wird. Stromabnehmer im Ausland werden dafür bezahlt, dass sie den überschüssigen Strom überhaupt abnehmen. „Wie jeder zum Beispiel am diesjährigen Muttertag an den Anlagen der ‚Vier Fichten‘ bei Wächtersbach unschwer erkennen konnte, müssen jetzt auch vermehrt Windkraftanlagen in Hessen zwangsabgeschaltet werden, damit die Netze nicht zusammenbrechen“, heißt es in einer Mitteilung des Dachverbands Gegenwind MKK / Naturpark Spessart. „Selbstverständlich gehen die Abschaltungen nicht zu Lasten der Betreiber der Anlagen, sondern sie erhalten trotzdem ihre Vergütungen, die von uns Bürgern

bezahlt werden müssen. SPD-Vizekanzler und Energie- und Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel möchte deshalb zur Kostenbegrenzung bei der anstehenden Überarbeitung des EEG einerseits den Zubau von Windkraftanlagen durch einen Deckel begrenzen, andererseits ihre Wirtschaftlichkeit durch ein Ausschreibungsmodell erhöhen. Der Antrag von Heinz Lotz, der den Subventionshahn noch weiter aufdrehen möchte, steht damit im krassen Gegensatz zu den Vorschlägen von Vizekanzler Gabriel.“

Ziel des SPD-Antrages im Hessischen Landtag sei auch, die regionale Wertschöpfung zu erhö-

hen. Mit Blick auf die Windfarm „Vier Fichten“, an der sich auch die Energiegenossen aus dem Main-Kinzig-Kreis beteiligt haben, klinge das wie ein schlechter Witz. Der Dachverband Gegenwind erinnert Lotz daran, dass bei dieser Windfarm die lokale Wertschöpfung gegen null gehe, obwohl bei der Vorstellung des Projekts die lokale Wertschöpfung immer wieder als Hauptargument für einen Bau vorgebracht worden sei.

Der Antrag zeige ferner deutlich, dass sich entweder Windkraftanlagen von Energiegenossenschaften im Main-Kinzig Kreis trotz der immensen Subventionen über das EEG immer noch nicht

rechneten oder der Profit für die Betreiber noch nicht hoch genug sei. „Warum sonst müssten die Pachtzahlungen reduziert werden?“, fragt der Dachverband. Offensichtlich lasse sich Lotz vor den Karren der Windkraft-Lobbyisten spannen. Anstatt Subventionen für Windkraftanlagen immer weiter zu erhöhen, müssten sich die Erneuerbaren Energien, wie von Vizekanzler Gabriel gefordert, endlich dem Markt stellen.

„Die BI tadelt mich, dass ich an einem Antrag der SPD-Landtagsfraktion mitgewirkt habe, der die Bürger stärker an Windkraftprojekten beteiligen soll“, reagiert Heinz Lotz. „Sie kritisieren, die

SPD-Fraktion wolle, dass bei der Verpachtung landeseigener Forstflächen für die Windkraftnutzung regionale Anbieter mit überzeugenden Bürgerbeteiligungsmodellen stärker berücksichtigt werden müssen als bislang. Zu der Kritik der BI kann ich nur sagen: Ich bekenne mich schuldig.“

Lotz: Verhindern, dass auch im Main-Kinzig-Kreis Staatswaldflächen an Investoren vergeben werden, die mit der Region nichts am Hut haben

Grund für den Antrag sei die Vergabe von Staatswaldfläche an einen Projektentwickler im Landkreis Hersfeld-Rotenburg gewesen. Der Investor hatte im Vorfeld angekündigt, das Kraftwerk anschließend an einen Investmentfonds zu verkaufen. „Wir müssen verhindern, dass auch im Main-Kinzig-Kreis Staatswaldflächen an derartige Investoren vergeben werden, die mit der Region nichts am Hut haben“, sagt Lotz. „Das haben wir in dem Antrag deutlich kritisiert und mögliche Lösungsvorschläge gemacht.“

Wie die Bürgerinitiative richtig erkläre, sieht Lotz nur dann eine Chance auf Akzeptanz und Unterstützung für Windkraft, wenn auch Kreis- oder Stadtwerke, Kommunen und Energiegenossenschaften mit im Boot seien. Wenn aktuell eine Windkraftanlage auf dem Gebiet von Hessen-Forst errichtet werde, würde die betroffene Stadt oder Gemeinde nicht an den Pachtlösen beteiligt. Auch das muss nach Auffassung von Lotz geändert werden.